

Netzwerkforum

Berichte – Informationen – Debatte

Dezember 2024

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

dieses Forum ist konzipiert als Berichts- und Debattenmedium des Netzwerks. Neben unseren Ankündigungs Kanälen für Veranstaltungen (Netzwerk Kalender, monatlicher Veranstaltungskalender, Homepage) ist es sowohl Teil von Öffentlichkeitsarbeit als auch Organ des Austauschs von politischen Standpunkten. Diese fallen in unserem Zusammenschluss naturgemäß unterschiedlich aus. Da jede und jeder die Möglichkeit hat, sich bei Kontroversen in diesem Blatt zu Wort zu melden, zeugt dies nur von einer lebendigen Debattenkultur. Und wenn, wie in dieser Ausgabe, ein Text mal länger ausfällt, macht das nichts. Debatte benötigen wir auch in unserem notwendigen modernisierenden Umbau des Vereins. Seit dem Spätsommer diskutieren wir Möglichkeiten und Bedingungen dieses Erneuerungsprozesses. Das erste Ergebnis wird eine neu gestaltete Homepage sein, die demnächst erscheint. Es gilt, sich über eine mögliche Veränderung von Aufgaben angesichts der sich verändernden politischen Lage zu verständigen. Denn kritische erinnerungskulturelle Arbeit ist keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern sieht sich politischen und ideologischen Angriffen ausgesetzt – noch nicht bei uns in Hannover und der Region, aber allgemein. Wir wollen uns über eine reformerische Änderung von Arbeitsstrukturen verständigen und nicht zuletzt Anstrengungen unternehmen, einen Generationenwechsel ohne Brüche und Friktionen hinzubekommen. Jede und jeder weiß, dass politisch turbulente Zeiten angebrochen sind, die sich auch in 2025 nicht beruhigen werden – im Gegenteil. Dafür will und muss das Netzwerk sich kraftvoll aufstellen.

Dazu ein Hinweis: Im Frühjahr 2025 wird eine a.O. Mitgliederversammlung einberufen werden, die sich ganz dem inhaltlichen und personellen Reformprozess widmen soll.

Ich wünsche allen Leser*innen im Namen des Vorstands dennoch ein ruhige Festtage, einen guten Rutsch, das Beste und viel Kraft für das neue Jahr.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt

- **Die Lager sowjetischer Kriegsgefangener im Rehburger Forst**
- **Landeskonzferenz: Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie**
- **Benet Lehmann, Esthers Spuren**
- **Rede zum 1. September 2024 – Antikriegstag in Barsinghausen**

Die Lager sowjetischer Kriegsgefangener im Rehburger Forst

Regina Brunschön referierte

Wie historische Forschung funktioniert und aussehen sollte, damit sie zu handfesten Ergebnissen kommt, demonstrierte Regina Brunschön in ihrem Vortrag zu den Lagern sowjetischer Kriegsgefangener im Rehburger Forst. Die Forsten der Klosterkammer Hannover in dieser Gegend wurden von zwei Arbeitskommandos sowjetischer Kriegsgefangener ab Winter 1941 „bewirtschaftet“. Das Hauptlager AK 5790 von einer Ausdehnung ca. 100 x 40 Meter lag etwa zwei Kilometer abseits von Rehburg. Im kleineren AK 5971 im Ortskern waren Kriegsgefangene untergebracht, die für Betriebe der Region arbeiten mussten. Frau Brunschön wusste zu berichten, dass im Lager 5790 256 namentlich bekannte Gefangene, im städtischen Lager ca. 65 arbeiten mussten. Nun, wir wissen, wie die Wehrmacht als für die Kriegsgefangenenlager verantwortliche NS-Organisation mit gefangenen Soldaten der Sowjetarmee umgegangen ist: brutal, ausbeuterisch, menschenverachtend, mörderisch. Was Regina Brunschöns Bericht so interessant und aufschlussreich machte, war die Schilderung ihrer akribischen Recherchearbeit.



Peter Schyga begrüßt Regina Brunschön; Foto: Dieter und Ulla

Begonnen 2021 mit ersten Ausgrabungen nach Sichtung britischer Luftbildaufnahmen liefen Archivrecherche und Zeitzeugensuche bzw. Zeugenbefragung Hand in Hand. Bei der Recherche – Archive und verwendete einschlägige Literatur können hier nicht alle aufgezählt werden – ging es auf der einen Seite um die Erforschung von Namen und Schicksalen der gefangenen Menschen und auf der anderen Seiten um die handelnden und befehlenden Organe von NS-Wehrmacht und NS-Verwaltungsebene inklusive dem Eigentümer des Forstes, der Klosterkammer Hannover. Sie konnte fast komplette Namenslisten erstellen und darüber hinaus auch Einzelschicksale verfolgen. Verifizierte Zeitzeugenerzählungen waren dabei hilfreich; so präsentierte sie etwa ein Foto des Lagerkochs mit seinen gefangenen Helfern, das eine Nachfahrin aufbewahrt hatte. Und natürlich wäre dieses Kapital NS-

Geschichte in der Region nicht vollständig, würde auf die Nachkriegsgeschichte und die – wie meistens üblich – schmäbliche Entnazifizierungsstory verzichten. Der Eiertanz um den für den Betrieb verantwortlichen Forstmeister Heiseke hält bis heute an. So verlangte ein Nachfahr von ihm, dass das Netzwerk einen im November als Newsletter Extra veröffentlichten Zwischenbericht Regina Brunschöns vom Netz zu nehmen. Die etwa dreißig Anwesenden rundeten mit Beiträgen und Kommentaren das gelungene Bild des Abends ab.

PS

Landeskonzferenz: Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie

Die diesjährige Landeskonzferenz der Mobilien Beratung Niedersachsen widmete sich unter der Headline „Status Quo der extremen Rechten“ dem „Rückblick, Ausblick und den gesellschaftlichen Handlungsstrategien“ in einer Zeit zunehmend offener, dreister und menschenfeindlicher Agitation und Handlungsweise der Gruppen des autoritären Nationalradikalismus. Etwa achtzig Aktivist*innen, die in unterschiedlichen Formen und Zusammenhängen in Zusammenschlüssen gegen Rechts arbeiten, waren aus ganz Niedersachsen zusammengekommen. Nach einleitenden Vorträgen von Anke Hoffstadt und Klaas Müller wurden in vier Workshops Probleme und Perspektiven unterschiedlicher Art im Kampf gegen Rechts besprochen.



Der Infostand der Mobilien Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie; Foto: dito

„Phasenweise Unbehagen: Emanzipatorische Zivilgesellschaft unter Druck“ wählte **Anke Hoffstadt** von der Hochschule Düsseldorf als Überschrift für ihren analytischen Vortrag. Schon der Titel ließ den Berichterstatter aufhorchen: Konnte es sein, dass endlich mal jemand nicht von einer imaginierten, sich selbstreferentiell als „zivil“ bezeichnenden Gesellschaft redete, wo doch nur ein Teil der Gesellschaft gemeint sein kann, ganz so als stünden die Anhänger*innen eines autoritären Nationalradikalismus außerhalb der

Gesellschaft? Diese stehen eben nicht außerhalb von Gesellschaft, sie sind Teil der „Zivilgesellschaft“ und – das ist das zentrale Problem: es werden immer mehr, und die Angriffe von Rechts auf die demokratischen Akteure und ihre Organisationen nehmen zu. Es sei ein großes Problem, dass sich dabei die Gesamtgesellschaft zunehmend nach Rechts bewege. Was etwa mit Wilhelm Heitmeyer als grobe und autoritäre Bürgerlichkeit gekennzeichnet werden kann, bricht sich Bahn, wenn emanzipatorische Errungenschaften aus Jahrzehnten nicht nur massiv in Frage gestellt, sondern diskreditiert und angegriffen werden: alltägliche Entzivilisierung, Entdemokratisierung, Entpolitisierung seien zu beobachten. Dabei erobere sich der Rechtsextremismus zunehmend Zugänge zu politischen Machtressourcen. Dies nicht nur über seine Präsenz in Parlamenten auf allen Ebenen, sondern auch über Medien oder direkte Gewaltanwendung. Ressourcen emanzipatorischer gesellschaftlicher Projekte werden – auch unter Mitwirkung etablierter Politik – beschnitten. Rassistische und andere ausgrenzende Feindpolitik unter der theoretischen Anleitung von Carl Schmitt und Gesellen stoße auf Massenzustimmung, so dass von einer „retronormativen Normalität“ gesprochen werden könne. Ein rhetorisches Propagandamittel dabei sei es, tatsächlich vorhandenen gesellschaftlichen Widersprüchen einen kulturalistischen Mantel umzuhängen, sie damit zu verschleiern, um mittels ausgrenzender Ressentiments künstliche ideologische Spaltungslinien zu ziehen. Anke Hoffstadt erwähnte etwa die Spaltungsgefahr, die in der Kulturalisierung der sozialen Frage etwa bewirken solle, dass sich die Lohnarbeitenden Klasse spalten lassen: in den stereotypen Faulenzer und den fleißigen deutschen Handwerker, die woken work-and-life-balance Menschen und die hart arbeitenden Frühaufsteher, die taker und die maker. Bekanntlich machen von Merz bis Lindner und anderen viele an diesen Verzerrungen der tatsächlichen sozialen Konflikte in diesem Land mit. Es gelte, so ein Fazit des Vortrags, beim Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht aus dem Blick zu verlieren, dass diese autoritäre Strömung der Verkündung retrotraditioneller Wertvorstellung zunehmend weite Teile der gesamten Gesellschaft erfasst.

In drei der vier folgenden Workshops zu der täglichen Praxis vor Ort wurden diese Einsichten konkretisiert. In den Gruppen wurden Probleme der „Rechten Raumnahme“ besprochen. Neben Bestandsaufnahmen in besonderen Regionen ging es den Teilnehmenden darum, sich über mehr oder minder erfolgreiche Methoden und Schwerpunkte beim gesellschaftlichen Zusammenschluss gegen Rechts vor Ort auszutauschen. Gerade diese Kommunikation zwischen Initiativen, die übers ganze Land verteilt relativ allein ihre Arbeit machen, ist ein zentraler Bestandteil dieser jährlichen Tagungen. Impulse aufzunehmen, Mut zu tanken und miteinander zu reden wird über dieses Zusammentreffen hinaus weiter wirken. Die Mobile Beratung Niedersachsen wird dabei tatkräftig helfen.



Die Präsentation des Bündnisworkshops im Plenum; Foto: mbt-niedersachsen

Im vierten Workshop ging es darum, wie in staatlichen oder anderen Institutionen, die zu parteipolitischer „Neutralität“ verpflichtet sind, der Umgang mit der AfD oder anderen rechtsextremen Gruppierungen geleistet werden kann.

Dazu hatte **Klass Müller**, Rechtswissenschaftler und Mitarbeiter im Thüringen Projekt des Verfassungsblogs, im zweiten einleitenden Vortrag am Vormittag die bisherigen Schritte und die Gefahren des Rechtsextremismus im öffentlichen Raum ausgelotet. Er sprach konkret von „autoritär populistischen Parteien“, die versuchen, Zugriff auf republikanische Strukturen und Organe zu erhalten. Dagegen geht es sich zu wappnen, vor allem aber auf allen parlamentarischen und Verwaltungsebenen eine Sensibilität gegenüber potenziellen Methoden der Zersetzung, Lahmlegung oder auch Überwältigung demokratischer Organe zu fördern. Mittlerweile hätten viele in diesen Bereichen Tätige begriffen, dass die Warnungen, etwa des Verfassungsblocks, keineswegs aus der Luft gegriffen waren und sind. In Thüringen wurde die AfD noch vor der Konstituierung übergreifend, und die von ihr erzielte Sperrminorität im Landtag gebe ihr Mittel zur Obstruktion gegen demokratische Verfahren in die Hand – so bei potenziellen Verfassungsänderung oder bei der Richterwahl. Wäre der Versuch der AfD gelungen, den Landtagspräsidenten zu stellen, hätte sie die dienstrechtliche Hoheit über die Landtagsverwaltung. Diese Verwaltungseinrichtung bildet ein wichtiges Glied parlamentarische Entscheidungen in institutionelle Formen (Gesetze, Verordnungen etc.) Auf kommunaler Ebene, wo auf Landratsebene Bundes- und Landesgesetze ausgeführt werden müssen, könnte eine selektive Umsetzung im Sinne der AfD zu erheblichen undemokratischen Aktionen auf dieser die Bürger*innen immer sehr konkret betreffenden Ebene führen. Vom offenen Rechtsbruch über strategische Mittel- und Personalverschiebungen oder autoritär-selektive Steuerung von Zuschüssen für gesellschaftliche aktive Gruppen stünden etliche Manöver zur Verfügung. Dagegen gelte es Gesetze und Rechtsvorschriften zu schärfen und – so ein hier genanntes Ergebnis des

Workshops und der Leitung von Klaas Müller und Maren Kaminski von der GEW Hannover – vor allem politisch klug zu handeln: Bündnisse schmieden, auch Provokationen und Anfeindungen ertragen, um mit den Buchstaben des Grundgesetzes unterm Arm und beim Argumentieren solch Treiben entgegenzutreten. Neutralität bedeutet nämlich nicht, auf die Rechte als Staats*bürgerin zu verzichten, sondern Menschenwürde und demokratische Verfahren ernst zu nehmen.

PS

Benet Lehmann, Esthers Spuren

Rezension

Esther Bejarano war eine mutige und erstaunliche Frau, die noch mit über 90 Jahren mit einer Rapband auf der Bühne stand, um gegen Rechtsextremismus zu kämpfen. Den Lebensweg dieser beeindruckenden Frau nachzuvollziehen, ist schmerzlich und faszinierend zugleich. Benet Lehmann, eine 27-jährige Historikerin, erzählt von der Auschwitzüberlebenden, Musikerin, Zeitzeugin, Jüdin und engagierten Kämpferin gegen Antisemitismus, Rassismus und politischen Nationalismus.

Gleichzeitig werden die Leerstellen und Versäumnisse deutscher Politik beleuchtet. Offizielle Gedenkfeiern und Verlautbarungen werden als das entlarvt, was sie sind:

Versöhnungstheater. Erinnerungsarbeit sollte die Vergangenheit mit der Gegenwart verbinden. Dies hat Esther Bejarano mit ihrem Eintreten für Minderheiten in Deutschland vorgelebt. Dieses Buch ist außerdem höchst aktuell, da Esther Bejaranos Haltung zu Israel der bundesdeutschen Staatsräson entgegensteht. Sie, die nach Kriegsende 15 Jahre in Israel lebte, hat das Land Anfang der 60er Jahre wieder verlassen, als sie erkannte, dass den Palästinensern Unrecht widerfuhr.

Ein weiterer interessanter Aspekt ist Esther Bejaranos Mitgliedschaft im VVN-BdA. Hier bieten sich spannende Einblicke in die Strukturen und auch Widersprüche, mit denen Esther Bejarano sich auseinander setzen musste.

Alles in allem ein informatives und zum Nachdenken anregendes Buch.

Inge Schendel

Benet Lehmann: Esthers Spuren, Wallstein Verlag 2024

Rede zum 1. September 2024 – Antikriegstag in Barsinghausen

Einleitung

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
mein Name ist Wilfried Gaum und ich bedanke mich beim DGB Barsinghausen für die Einladung, heute zu Euch an diesem wichtigen Tag reden zu dürfen.

Ich bin Naturfreund und spreche für den Ortsvorstand Barsinghausen. Wir setzen uns seit über 70 Jahren ein für: globale Abrüstung, das Verbot von Rüstungsexporten, eine neue Entspannungspolitik und eine atomwaffenfreie Welt.

Ich gehöre ebenso der Religiösen Gesellschaft der Freunde an, besser bekannt unter ihrem Spitznamen „Quäker“. Wir sind eine kleine internationale Gemeinschaft, die besonders in Großbritannien, den USA und Ostafrika verankert ist. Zu unserer DNA gehört der Einsatz für Frieden. Seit 1660 „ist unser Grundsatz, und war von jeher unser Brauch, Frieden zu suchen und ihm zu folgen sowie Rechtschaffenheit und das Wissen, um Gott zu pflegen, das Gute und das Wohl zu suchen und das zu tun, was zum Frieden aller beiträgt. Wir lehnen alle blutigen Prinzipien und Praktiken entschieden ab, mit allen äußeren Kriegen und Streitigkeiten und Kämpfen mit äußeren Waffen, für jeden Zweck oder unter jedem Vorwand, und dies ist unser Zeugnis vor der ganzen Welt.“ Für die Versöhnungs- und Friedenarbeit in diesem Sinne haben wir 1947 den Friedensnobelpreis bekommen. Denn wir haben es immer für einen Mythos gehalten, dass militärische Gewalt Probleme wirklich löst. Gewalt ist für uns wie der griechische Drache Hydra, dem, als Herakles ihm einen Kopf abschlug, zwei neue Köpfe nachwuchsen.

Gegensätze, Spannungen und Energie für den Frieden

Meine Rede wird nicht Jedem oder Jeder gefallen. Ich glaube, dass gerade das Thema Frieden zu einem Denken auffordert, das Widersprüche aushält. Es geht mir um die Überwindung des angeblich ewig geltenden Eindeutigen. Es geht um unsere Fähigkeit, Gegensätze und Spannungen auszuhalten. Vielleicht können wir die Energie, die in unseren Konflikten steckt, nutzen für Wege zum Frieden....

Was sollten wir verteidigen? Was ist die Hauptaufgabe?

Liebe Friedensfreundinnen,

in der aktuellen Diskussion Verteidigung geht es immer nur militärische Aufrüstung. Sollte es nicht die Verteidigung um eine ganz andere Bedrohung? Das Leben auf unserem Planeten, ob Ost oder West, Nord oder Süd, ist doch tatsächlich akut bedroht.

Wollen wir denn wirklich, dass in 20 Jahren in Deutschland das Klima von Dubai herrscht? In mindestens zehn Ländern wurden in diesem Sommer 2024 an mehr als einem Ort

Tagestemperaturen von über 50 Grad Celsius gemessen, wie die Weltwetterorganisation kürzlich in Genf mitteilte. Im Juli waren Hunderte Millionen Menschen von extremer Hitze betroffen..

Extremes Wetter bedeutet aber auch, dass ich im Januar diesen Jahres mit der Bahn stundenlang durch Seenlandschaften fuhr, um in München den Geburtstag meiner Frau zu feiern. Wie viele liebevoll gebaute Häuser sind da abgesoffen, wie viele Bürgermeister stehen vor zerstörten Gemeindestraßen, zerstörter Kanalisation, abgesoffenen Sporthallen?

Müssen wir nicht auch unsere Küste nicht gegen steigende Meeresspiegel verteidigen? Wollen wir Hamburg, Bremen und große Teile unserer norddeutschen Heimat unter Wasser sehen?

Wir haben doch auch nicht vergessen, wie trocken unsere besten Böden im Calenberger Land und in der Magdeburger Börde in den vergangenen Jahren wurden, um dann in Sintfluten tagelangen Regens abzusaufen.

Wir werden aber auch unsere Gesundheit verteidigen müssen, nicht nur gegen Hitze, sondern auch neue Pandemien, die der Klimawandel mit sich bringt.

Wir müssen nicht nur uns, sondern auch unsere ärmeren Nachbarn in den schlecht gedämmten Häusern und Wohnblocks, die den Hitzewellen nicht ausweichen können, verteidigen. Nicht sie sind es, die durch ihren Lebensstil weiter am Rad der Planetenüberhitzung drehen. Sorgen wir dafür, dass unsere Mitbürger, bei denen noch so viel Monat am Ende des Geldes ist, nicht auch noch die Lasten des Klimawandels tragen müssen. Nicht sie, sondern die oberen 10 Prozent sind Verursacher dieses

Klimaschlamassels. Es kann deshalb für mich nicht dabei bleiben, dass das sog. Klimageld auf 2027 verschoben worden ist, wenn es denn überhaupt noch kommt.

Ich habe nicht den Eindruck, dass diese Verteidigungsaufgaben die gebührende Aufmerksamkeit genießt. Gegen die akute Bedrohung durch den Klimawandel muss auf- und nachgerüstet werden. Hier bedarf es einer Zeitenwende.

Liebe Friedensfreunde,

was ich im Zusammenhang mit militärischer Aufrüstung nicht lese ist, welche ökologischen und Klimaschäden durch Kriege und Rüstung entstehen. Wäre das Militär ein Staat wie Deutschland oder die USA, dann war sein CO²-Fußabdruck schon 2019, also vor den aktuellen Kriegen, mit 2 Milliarden Tonnen an fünfter Stelle einer der größten CO²-Produzenten. Nein, der Kampf gegen die Klimakrise gehört an die Spitze der Tagesordnung.

Kriegsfähigkeit?

Liebe Friedensfreundinnen,

ich bin sehr dafür, dass Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Nachbarn sich in diesem Sinne rüstet und verteidigungsfähig macht. Aber ich erkläre mich nicht damit einverstanden, dass Deutschland „kriegstüchtig“ gemacht werden soll. Denn für mich gibt es einen erheblichen Unterschied zwischen Kriegs- und Verteidigungsfähigkeit.

Kriegsfähigkeit, das beinhaltet immer beides: Fähigkeit zur Verteidigung und Fähigkeit zum Angriff. Ein Land kann verteidigungsfähig und – bereit sein, ohne angriffsfähig zu sein. Diese Differenzierung war jahrzehntelang die Logik hinter all den Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen zwischen den Supermächten und darüber hinaus. Wer aber verteidigungsbereit und angriffsfähig sein will, der ist auch zur militärischen Aggression bereit. Ich möchte nicht, dass unser Land ein anderes angreift. Ich habe für diesen Wunsch eine starke Verbündete: unsere Verfassung. Sowohl aus ihrer Präambel als auch aus Art. 25 und 26 unseres Grundgesetzes ergibt sich für Deutschland eine Verpflichtung, auf Frieden in der Welt hinzuwirken sowie ein Verbot von Angriffskriegen.

Bei all den Reden über Kriegsfähigkeit frage ich mich: welche Bilder gehen der Verantwortlichen da durch den Kopf?

Sind es wirklich diese schrecklichen Bilder aus Hiroshima und Nagasaki, aus Aleppo, aus Mariupol, jetzt aus Gaza und Nordisrael bzw. Libanon? Mir jedenfalls läuft ein Schauer über den Rücken, wenn ich im hannöverschen Rathaus das große, schreckliche Modell vom zerbombten Hannover 1945 sehe, wenn ich Bilder aus Gaza sehe, wo kein Haus heile ist. Und was ist mit all den Menschen, die da mal gewohnt haben?

Ich habe von einem israelischen Offizier, der in Gaza eingesetzt war und in Hannover referierte gelernt, dass in Gaza auf einen toten Soldaten 3 Zivilisten kämen. Das sei eine gute Quote, wenn man bedächte, dass in militärischen Konflikten sonst durchschnittlich auf einen toten Soldaten 7 tote Zivilisten gerechnet werden. Ich hoffe, dass verantwortliche Politiker auf ihre Familien blicken und einfach einmal zählen lernen. Wie viele von meinen Liebsten werden sterben für jeden Soldaten? Ein letztes zu diesem Thema: warum wird nicht ernsthaft über eine andere Variante der Verteidigung diskutiert, nämlich die soziale Verteidigung? Wollen wir Territorien verteidigen oder Menschen? Wenn es uns um Menschen geht, dann kann eine militärische Aggression auch mit der absoluten Verweigerung jeder Kooperation beantwortet werden, durch flächendeckende Streiks. Der Aggressor mag das Land besetzen, aber er wird es nicht beherrschen. Man mag skeptisch sein, ob das funktioniert, eines jedenfalls wäre sicher: weder der Faktor 1:3 noch der 1:7 würde greifen. Nur Lebende können Widerstand leisten. *Eskalationslogik*

Liebe Friedensfreundinnen,

immer geht es in kriegerischen Konflikten darum, wer „Schuld hat“ und weshalb es dann gerecht und geboten war, „sich zu wehren.“ Erstens: alle Konfliktparteien behaupten stets von sich, sie würden sich „nur verteidigen.“ Diese Rechnung kann ja nicht stimmen. Zum zweiten: alle Konfliktparteien behaupten stets, dass immer der Andere Schuld an der Eskalation und Gewalt ist? Der Altbundespräsident Gustav Heinemann hat dazu einmal gesagt, dass, wenn man mit einem Finger auf Andere zeigt, vier Finger in die eigene Richtung weisen. Das scheint mir auch auf die derzeitige Aufrüstungsdebatte zuzutreffen.

Um das zu prüfen, habe ich mir die Chronologie der derzeitigen Rüstungsspirale angeschaut: Ende 2001 kündigen die USA den ABM-Vertrages über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen. Sie kündigen an, Mittelstreckenraketen in Polen und später Rumänien zu stationieren, mit der Begründung, der neuen Bedrohungslage nach 9/11 gerecht werden zu wollen. Es gehe also gegen den Iran und andere Schurkenstaaten. Natürlich können auch russische Militärs rechnen und sehen, dass diese Raketen problemlos auf Angriff programmiert werden können und Reichweiten haben, die russische Großstädte wie Moskau einbeziehen.

Ja, Russland kündigt daraufhin an, Iskander Raketen im Kaliningradgebiet zu stationieren.

Aber noch gilt die Logik des Doppelbeschlusses: Die Schlagzeile des „Berliner Tagesspiegel“ vom 13. November 2013 lautet nämlich: „Russland schlägt Null-Lösung für Raketenstationierung vor.“ Darauf gehen die USA allerdings nicht ein.

Ja, Russland hat dann den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte ausgesetzt. Die Rüstungs- und Abschreckungsspirale beginnt sich zu drehen.

Brigadegeneral a.D. Helmut Richter führte zum jüngsten Stationierungsbeschluss aus, dass die USA ihre Stationierung bereits 2021, also vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine, eine Taskforce für Führung und Einsatz dieser Systeme aktiviert hat.

Aus dem gegenseitigen Misstrauen resultiert so der Rückzug aus einer Strategie gemeinsamer Sicherheit, der alleine einem so dicht bevölkerten Kontinent wie Europa angemessen ist.

Nein, wir müssen aus der Logik der Eskalation aussteigen....

Russlands Angriff auf die Ukraine

...Russland hat seine Kriegsziele nicht erreicht. Es hat die Regierung Selenskyj nicht stürzen, den Widerstandswillen in der ukrainischen Bevölkerung nicht brechen können. Es hat nach mehr als zwei Jahren nicht einmal die östlichen Rayons der Ukraine vollständig unter Kontrolle. Es hat im Gegenteil jetzt bei Kursk ukrainische Streitkräfte auf russischem Territorium. International hat eine überwältigende Mehrheit der Staaten und Völker den Angriff verurteilt. Die NATO hat zwei neue Mitglieder, mit Finnland jetzt sogar 1200 km mit direkter Grenzberührung zur Russischen Föderation. Für Russland doch wohl keine Erfolgsbilanz.

Liebe Friedensfreundinnen,

für mich als Juristen ist es keine Frage: auch im Verkehr zwischen den Völkern und Staaten gilt der völkerrechtliche Grundsatz „pacta sunt servanda“, Verträge sind einzuhalten. Und dies hat Russland eindeutig nicht getan, als es die Ukraine überfiel. Die Grenzen der beiden Staaten waren mit der Auflösung der Sowjetunion garantiert und in den Minsker Verträgen ebenfalls bestätigt worden. Zudem sollten diese einen Bürgerkrieg in der Ukraine beenden. Fatal nur, dass diese Minsker Verträge von keiner Seite eingehalten worden sind. Frau Merkel sagte dazu laut Handelsblatt vom 20. Januar 2023: „Das Minsker Abkommen war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, wie man heute sieht.“ Eine solche taktische Herangehensweise aber schafft kein Vertrauen, auf keiner Seite und ist deshalb keine Grundlage für Frieden und Entspannung.

An dieser Stelle sei aber auch gesagt: wenn völkerrechtliche Verträge nicht mehr gelten, dann gilt nichts mehr. Deshalb ist die oft gehörte Position, Russland reagiere „nur“ auf die NATO-

Osterweiterung in meinen Augen falsch. Richtig ist, dass nicht Russland an die NATO herangerobbt ist. Aber: Russland mag dieses Vorrücken eines westlich geprägten, von der Supermacht USA geführten Bündnisses als Sicherheitsrisiko und Provokation empfinden. Das gibt ihm aber kein Recht, dem Nachbarn die Haustür einzutreten, das Wohnzimmer zu besetzen, die Nachbarskinder zwangsweise zu adoptieren und den Wechsel des Hauptmieters zu verlangen.

Andererseits: was hat der Westen erreicht? Russland ist nicht „ruiniert“, wie es sich Frau Baerbock wünschte. Es ist geächtet, aber nicht isoliert. Es verkauft Energie nach wie vor und teurer, zum Teil über den Umweg Indiens an die Welt, auch an EU-Staaten. Russland hat in kurzer Zeit eine funktionierende Kriegswirtschaft organisiert. Es scheint so zu sein, dass eine Mehrheit der Russinnen und Russen der Propaganda der Putinadministration folgt.

Kein „regime change“ in Sicht. Keiner hat erreicht, was er erreichen wollte. Und dafür: tausende Tote auf beiden Seiten, eine terrorisierte ukrainische Bevölkerung in durch mit infam abgefeuerten Gleitbomben zerstörten Städten, mit zerstörter Infrastruktur, an westliche Inverstoren verkauftem Land und brach liegenden industriellen Kapazitäten, einer Verschuldung bis zum Anschlag.

Ich halte es deshalb für fatal, dass nahezu jeder politische Ansatz, den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine jetzt mit einem Waffenstillstand einzufrieren, oder für Verhandlungen einzutreten, niedergedredet und diffamiert wird. Nein, wir müssen für ein sofortiges Ende des Ausblutens der ukrainischen Bevölkerung, für ein sofortiges Ende der Zerstörung ihrer Städte und Dörfer und gegen die Auslöschung einer lebenswerten Zukunft dort eintreten. Das wird nicht erreicht, wenn beide Seiten Maximalforderungen zur Voraussetzung für Friedensverhandlungen machen.

Wir müssen doch fragen: wie anders als auf dem Weg des Friedens kann für die Ukraine eine demokratische und zivile Weiterentwicklung gesichert werden? Dafür ist ein Ende des Gemetzels kreuznotwendig. Und das jetzt auch auf russischem Boden.

Wie kann unser Beitrag aussehen? Ich bin sehr dafür, die ukrainische Zivilgesellschaft zu stärken. Es gibt kleine Gruppen von ukrainischen Gewerkschafterinnen, die in all dem Kriegsgeschehen ihre Rechte und Würde als Arbeiterinnen verteidigen und auf diese Weise zur Demokratie in der Ukraine beitragen. Unterstützen können wir das auch hier in der Region Hannover. Sprecht mich gerne darauf an.

Stationierung neuer Mittelstreckenraketen

Am 10. Juli veröffentlichte das Weiße Haus eine Erklärung, mit der die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab 2026 angekündigt wird.

Diese Mittelstreckenraketen, insbesondere die geplanten Hyperschallraketen, können auch als Angriffswaffen eingesetzt werden. Und sie können mit Nuklearsprengköpfen ausgestattet werden. Sie sollen nicht etwa an der Ostflanke der NATO stationiert werden, sondern nur in Deutschland. Damit wird dieses Land unweigerlich zum Ziel eines der nach russischen Militärdoktrin möglichen atomaren Gegenschlages. Frau Baerbock saget, wir sollten keine übertrieben Angst vor einem Atomkrieg haben. Ich jedenfalls habe Angst vor einem Atomkrieg, wenn auch noch keine übertriebene, weil ich auf eine politische Wendung zum Guten hoffe...

Wir wissen aus der Zeit des Kalten Krieges, wie oft der Einsatz von Atomwaffen am seidenen Faden hing.

Liebe Friedensfreundin,

dieser Stationierungsbeschluss fällt noch hinter die Position der NATO von 1979 zurück.

Erstens handelte es sich damals um einen **Doppelbeschluss**, der **sowohl** Aufrüstung mit Pershingraketen und Marschflugkörpern vorsah **als auch** Verhandlungen vorschlug. Davon ist nun nicht die Rede.

Es fehlt also ein Angebot zu Abrüstungs- und Verhandlungen, um gegenseitige Sicherheit herzustellen. Ein Telefonat zwischen dem US-amerikanischen und russischen Verteidigungsminister um den 10. Juli kann ein solches Angebot doch wirklich nicht ersetzen!

Zum zweiten aber sollen die Rakete allein auf deutschem Boden aufgestellt werden, auch das war 1979 anders.

Ich bin deshalb ausgesprochen dankbar, dass mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, Staatssekretär a.D. Gernot Erler, Erbst-Ulrich von Weizsäcker, Peter Brandt und Klaus von Dohnanyi prominente Sozialdemokraten ihre Zweifel bzw. ihre Ablehnung der Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenwaffen zum Ausdruck gebracht haben. Ich hoffe auf die Vernunft vieler weiterer Sozialdemokraten.

Lasst uns diese Initiative unterstützen. Lasst uns Briefe an unsere Bundestagsabgeordneten wie Matthias Miersch schreiben, lasst uns widersprechen durch Resolutionen und Beschlüsse Eurer Organisationen. Die Stimmen des Widerspruchs müssen sich laut und deutlich bemerkbar machen.

Perspektiven:

Fakt ist: Russland wird nicht von der Landkarte verschwinden. Ohne die Einbeziehung Russlands wird es keine belastbare kooperative Sicherheitsarchitektur in Europa geben. Und ich glaube immer noch, dass das Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit auf beiden Seiten eine Zukunft haben kann. Dieses Konzept muss wieder versucht und wiederbelebt werden.

Alles andere als eine diplomatische Lösung wird uns auf Dauer nicht weiterhelfen. Als ehrliche Makler könnten Indien, Brasilien und andere BRICS-Staaten in Frage kommen, denke ich.

Die Organisation, die dafür eine Plattform sein könnte, ist die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE). Sie wurde 1984 gegründet und leistete zunächst erfolgreiche Arbeit bei Rüstungskontrolle und gemeinsamen Friedensmissionen. Die OSZE ist seit 2004 in der Krise. Das Misstrauen zwischen USA und NATO auf der einen, Russland auf der anderen Seite wuchs stetig. Leider ist es auch Russland, das die Arbeit der OSZE blockierte, Zahlungen nicht leistet und Personalentscheidungen verzögert. Die OSZE ist also zur Zeit gelähmt, aber eben nicht tot. Sie kann aus ihrem komatösen Zustand erweckt werden.

Ja, das wird auch dies ein langer, steiniger Weg, auf dem Vertrauen und wechselseitige Sicherheit langsam wieder aufgebaut werden müssen. Aber ich bin gut 31 Jahre meines Lebens im Kalten Krieg mit einer fast undurchdringbaren Mauer durch Deutschland groß geworden. Sie fiel 1989. Wie oft in dieser Zeit aber stand die Welt bis dahin vor dem atomaren Armageddon?

...Ja, bis dann ein KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow ab 1986 den Weg freimachte für eine Dekade der Abrüstung und Kooperation. Ich denke, wir haben keine andere friedliche Alternative. Diese Vertrauensbildung beginnt, wie in den 60er Jahren mit kulturellem Austausch, mit Begegnung, mit Dialog, auch wenn es schwerfällt. Aber tat es das damals nicht auch?...

In diesem Sinne: Shalom, Salaam, Mir miru, Peace, Frieden!

Wilfried Gaum, Barsinghausen (für das Netzwerkforum überarbeitet, Stand 20.11.2024)

Impressum

Das Netzwerkforum (einst Newsletter) erscheint zu Beginn jedes geraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 27. November 2024. **Redaktionsschluss des nächsten Netzwerkforums ist der 28. Januar 2025.**

Redaktion: Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent), PS
Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/
67437122;
erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

